

Weg ziehen, oder sich wehren?

In den nächsten 10 Jahren soll sich der Flugverkehr verdoppeln. Heute haben wir am Frankfurter Flughafen ca. 500.000 Flugbewegungen im Jahr. Kann man sich vorstellen mit einer Verdoppelung hier noch leben zu können? Es ist ja nicht der Dauerkrach den wir dann erdulden müssten. Es sind die vielen Krankheiten die sich jetzt langsam vermehren. Ja, aber die Arbeitsplätze, heißt es - und „alle wollen doch fliegen“. Was nützt uns das Fliegen, wenn wir darüber den Boden unter den Füßen verlieren. Wenn nicht umgedacht wird, wenn der Flughafen weiter ausgebaut wird, dann stehen letztlich nur die beiden Möglichkeiten: „Weg ziehen, oder sich wehren!“

Millionen Bundesbürger werden durch Verkehrslärm erheblich belästigt. In besonderem Maße betroffen sind Anwohner in den Abflugschneisen von Großraumbahnhöfen. Beim Starten von Jets sind sie zum Teil Spitzenlärmpegeln von über 80 Dezibel (dB) ausgesetzt. Wie gesundheitsschädlich ist der Lärm?

„Lärm macht krank!“, wird bei verkehrspolitischen Diskussionen immer wieder betont, von Bürgerinitiativen ebenso wie von Ärzten in der Region. Die Debatte wird von direkt Betroffenen erbittert geführt. Denn Lärm ist nicht

nur belästigend; es gibt auch Hinweise für eine gesundheitsschädigende Wirkung:

Stresshormone werden verstärkt ausgeschüttet, die Schlafqualität wird beeinträchtigt, vor allem bei nächtlichem Fluglärm.

Die Folgen: Abgespanntheit, Müdigkeit, erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-erkrankungen.

Eine chronische Lärmbelastung führt oft erst nach fünf bis zehn Jahren zum Auftreten erster klinischer Symptome,

(Fortsetzung nächste Seite)



Was nützt uns das
Fliegen, wenn wir
darüber den Boden
unter den Füßen
verlieren.

Krieg

Während diese „blickpunkt“-Ausgabe hergestellt wird ist passiert, was viele mit Bangen erwartet haben: Die USA bombardieren mit Unterstützung Großbritanniens Afghanistan und wollen weitere Länder angreifen. Die Cruise-Missile-Angriffe auf Kabul, Kandahar und andere Städte sind offenbar der Beginn eines Krieges zur Eroberung Afghanistans und des Sturzes des Taliban-Regimes.

Wir befürchten, dies ist keine geeignete Maßnahme zum Stopp des internationalen Terrorismus sondern wahrscheinlich der entscheidende Impuls für eine unkontrollierbare Gewaltspirale, vor der die Friedensbewegung seit den entsetzlichen Terroranschlägen am 11. September gewarnt hat.

Die Bombenangriffe werden mit Sicherheit viele Unschuldige in Afghanistan treffen. Dies ist nicht das von Kanzler Schröder behauptete Vorgehen gegen Terrornester in Afghanistan, sondern Krieg gegen ein ganzes Land. Es sind auch nicht die gerade vom Grünen Länderrat akzeptierten begrenzten Kommandooperationen gegen die terroristischen Täter, sondern „richtiger“ Krieg mit unabsehbaren Folgen.

Organisationen der Friedensbewegung und mit ihnen zigtausende Menschen in der Bundesrepublik haben vor einer unkontrollierbaren Eskalation bei einem Militäreinsatz gewarnt und eine neue Politik zur Beseitigung der politischen, sozia-

(Fortsetzung nächste Seite)

Weg ziehen, oder sich wehren?

Fortsetzung von Seite 1

erkennbar etwa an der Häufung von Herzkreislaufkrankungen.

Schallspitzen besonders gefährdend

Das Umweltbundesamt schreibt zu Fluglärmwirkungen u.a.:

Bei Fluglärmbelastungen von im Mittel 55 dB tags und 45 dB nachts wird die Grenze zu erheblichen Belästigungen erreicht; bei Werten von 60 dB tags und 50 dB nachts sind Gesundheitsbeeinträchtigungen nicht mehr auszuschließen und bei Werten von oberhalb 65 dB tags und 55 dB nachts sind Gesundheitsbeeinträchtigungen in Form von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu erwarten.

Das sind nun die mittleren Dauerschallpegel. Beim Fluglärm kommen allerdings noch die extrem belästigenden Schallspitzen bei Überflügen hinzu. 134mal wurden tagsüber in Oberrad im genannten Zeitraum Lärmereignisse von über 80 dB gemessen, nachts immerhin noch siebenmal. Ähnlich sieht es in Raunheim oder auch im Westen und Süden Mörfeldens aus.

Lärm heizt Allergien an

Viele von nächtlichem Fluglärm Betroffene fordern indes schon seit langem ein komplettes Nachtflugverbot, und sie erhalten dabei zunehmend Unterstützung von Ärzten. Bereits 1999 haben Ärzte in einer Befragung von 600 Atopie-Patienten belegt, dass nächtlicher Fluglärm als erheblicher Stressfaktor gesehen wird, der allergische Symptome verschlimmert.

Die Landesärztekammer Hessen stuft Nachtfluglärm als besonders schädlich ein und fordert mehr Untersuchungen zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Fluglärms sowie die „stärkere Berücksichtigung des ärztlichen Sachverständigen bei der Diskussion um einen Flughafen-Ausbau als bisher“. Das Urteil des Straßburger Gerichtshofes für Menschenrechte gegen Nachtflüge in (s. auch S. 3) unterstützt alle, die ein Nachtflugverbot fordern. Die Fraport AG fühlt sich nicht betroffen - wie könnte es auch anders sein.

Wochenzeitung der DKP

UZ

Probexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion erhältlich

MEINUNGEN

Krieg wird den Terror multiplizieren

In der Zeitung der DKP „Unsere Zeit“ fanden wir einen Beitrag von Conrad Schuhler, aus dem wir auszugsweise zitieren:

Präsident Bush hat in seiner Rede vor dem Kongress die Welt vor die Alternative gestellt: Wer nicht für die USA und ihren Krieg gegen den Terrorismus ist, der steht an der Seite der Terroristen. ... Wir sind gegen den Terror, und gerade weil wir gegen den Terror sind, sind wir auch gegen den Krieg der USA. Weil er den Terror nicht beseitigt, sondern weil der Krieg den Terror multipliziert. Die militärischen Überfälle der USA und der Nato werden überall auf der Welt Tote, Zerstörung, Flüchtlinge und neuen Hass hinterlassen. Der Krieg wird den Terror nicht zerstören, er wird vielmehr Zehntausende neue Rekruten für die Armeen des Terrors schaffen.

Bei dem Interesse der USA und der Nato an den islamischen Ländern geht es nicht um die Verbreitung der universalen Menschenrechte, der Demokratie, der „zivilisierten Welt“. In Wahrheit geht es auch um Erdöl und Erdgas, dessen größte Vorkommen unter der Erde der islamischen Länder liegen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman, Bahrain sind reaktionäre feudale Regimes, aber die Freunde Amerikas. ...

Die Ursache des sozialen und politischen Elends in vielen islamischen Ländern ist die Komplizenschaft der reichen Länder mit den einheimischen Eliten, die skrupellos die Bodenschätze und Arbeitskräfte ausnützen und den Profit unter sich verteilen. Und wenn die Völker versuchen, diese Ausbeutung abzuschütteln, dann sehen sie sich der geballten Macht dieser Herrschaft gegenüber.

Gegen Kuba, das nach jahrelangen Kämpfen den Diktator Batista überwinden konnte, organisierten die USA eine Invasion und, als die erfolglos blieb, einen Boykott, der das kubanische Volk an den Rand des Hungertods brachte. Als die Chilenen in freien Wahlen eine

linke Regierung ins Amt brachten, die den ausländischen Konzernen an die Gewinne ging, organisierte und finanzierte die CIA einen Putsch, der Tausenden Demokraten das Leben kostete.

So befleckt von Blut und Schande sind diejenigen, die heute zu einem globalen Krieg gegen den Terror aufrufen. ... Während die 200 größten, transnationalen Konzerne bereits über ein Drittel des gesamten Weltprodukts auf sich vereinigen, lebt schon jeder vierte Erdenbürger an oder unter der Armutsgrenze. ... Auf Dauer wird der größere Teil der Menschheit nicht still halten, wenn Konzerne und Staaten der reichen Welt ihn weiter in Armut und Repression halten wollen. ...

(weitere Beiträge auf Seite 4)

Fortsetzung von Seite 1

Krieg

len und wirtschaftlichen Ursachen von Terrorismus angemacht. Schon durch den gewaltigen Militäraufmarsch und die Erklärung des Krieges wurde ein Flüchtlingsdrama in Afghanistan ausgelöst und Hunderttausenden droht der Hungertod. Jetzt droht ein Putsch oder Bürgerkrieg im Atomwaffenstaat Pakistan mit unabsehbaren Folgen.

In vielen Städten, auch in unserer Stadt, haben Friedens- und Antikriegsgruppen gegen diesen Krieg und die deutsche Beteiligung demonstriert.

Es hätte Alternativen zum Krieg gegeben. Organisationen der Friedensbewegung fordern, die „Allianz gegen den Terrorismus“ bei der UNO unter gleichberechtigter Mitwirkung der islamischen Staaten anzusiedeln und zur Aburteilung von Tätern den – von den USA bisher nicht unterstützten – Internationalen Gerichtshof zu ermächtigen. Die Vermeidung von Selbstjustiz kann in Verbindung mit einer neuen Nord-Süd-Politik und einer internationalen Anstrengung zur sozialen Gestaltung der Globalisierung weiterem Terrorismus vorbeugen.



Es gibt ein Recht auf Nachtruhe

Es gibt ein Recht auf ungestörten Schlaf. Acht britische Bürger, die am Londoner Flughafen Heathrow wohnen, haben mit einem Sieg vor dem Gerichtshof für Menschenrechte ihre Regierung zu einer Korrektur der Nachtflug-Praxis gezwungen. Dieses Urteil kann weit reichende Folgen für alle größeren Flughäfen Europas haben. Die Entscheidung bescheinigt der britischen Regierung, das Menschenrecht der Bürger auf Nachtruhe missachtet zu haben. Sie habe versäumt, „eine faire Balance zwischen der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Vereinigten Königreichs und dem effektiven Recht der Kläger auf Respekt für ihre Wohnhäuser, ihre Privatsphäre und ihr Familienleben herzustellen“. Das Gericht sprach den Klägern Schadenersatz und

die Erstattung von Rechtskosten im Wert von 240.000 Mark zu. Das Urteil legt die Regierung zwar nicht auf bestimmte Maßnahmen fest, zwingt sie aber zu einer generellen Neubewertung der Nachtflug-Praxis. Die erfolgreichen Kläger rechnen mit einem Ende des Lärms „in 12 bis 18 Monaten“. Nach diesem Gerichtsurteil habe die Regierung praktisch keine Alternative, als auf Nachtflüge im Raum Heathrow zu verzichten. Das Urteil belege, dass es „keine vorrangigen nationalen Wirtschaftsinteressen“ gebe. Mit großem Interesse haben Anti-Fluglärm-Gruppen überall in Europa das Urteil registriert. Der Londoner Rechtsexperte Paul Bowden: „Jeder andere Flughafen, jede Behörde und jede Regierung in Europa muss auf dieses Urteil reagieren.“ Die Fraport AG fühlt sich nach neuesten Aussagen vom Urteil nicht betroffen. Aber darüber entscheidet nicht die Fraport.

Notwendig ist es allerdings, dass jetzt

auf Grundlage dieses Urteils mehr politischer Druck entwickelt wird. Die Gerichtsentscheidung „gibt der Diskussion um den Ausbau des Frankfurter Flughafens eine neue Qualität“ stellt der Hessische Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fest. In seiner Erklärung heißt es: „Nach dem Urteil werden Flughäfen und Fluggesellschaften in der Nähe von Großstädten ihre Politik umstellen müssen. Die These vom „Recht auf den Nachtflug“ kann man nun nicht länger vertreten, wenn die Nachtruhe der Bevölkerung beeinträchtigt wird“. Der BUND hofft, dass die Entscheidung des Gerichtshofs für Menschenrechte auch die Diskussion um das deutsche Fluglärmgesetz beflügeln wird. Nach der Entscheidung des Gerichts werden auch die deutschen Verwaltungsgerichte in ihren Entscheidungen zu einer höheren Gewichtung der Lärmschutzbedürfnisse der Bevölkerung kommen müssen. (Aus „BI info“)

Das Wasserwerk Mörfelden frisch saniert

Vier Jahre wurde umgebaut, neugebaut und saniert, jetzt ist das Wasserwerk Mörfelden fertig. Und das wurde mit einem Tag der offenen Tür gefeiert. Viele Besucherinnen und Besucher hörten: Das Lebensmittel Nr. 1 - unser Trinkwasser - ist ausreichend vorhanden und hat eine Spitzenqualität.

Einige hundert Menschen kamen beim Start ins Wasserwerk. Die Samba-Gruppe Power of Drumming, trommelte am Dalles und marschierte in Richtung Brücherbusch. Die Anti-Kriegs-Initiative nutzte die Gelegenheit und begleitete den Zug mit ihren Schildern „Kein Krieg“.

Die Mannschaft vom Wasserwerk ist elf Personen stark. Im Januar kamen die Mitarbeiter des Walldorfer Wasserwerks hinzu, die ihre Einrichtung künftig von Mörfelden aus betreiben. Für alle gibt es jetzt einen neuen Personalraum. Er ist in dem Gebäude mit der dritten Aufbereitungsanlage untergebracht. Das Gebäude wurde dazu aufgestockt und die Anlage gleich mit saniert.



Den Krieg stoppen Friedensordnung schaffen

Mit großer Bestürzung, mit Entsetzen und Fassungslosigkeit haben die Mitglieder der DKP die Terroranschläge in den USA verfolgt. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit der amerikanischen Bevölkerung und unsere tief empfundene Anteilnahme mit den Hinterbliebenen der Opfer, die wir in einem Brief an die KP der USA formuliert haben.

Die DKP verurteilt diese Terroranschläge aus grundsätzlichen Erwägungen. Sie haben zweifelstfrei Ursachen, die auch in der „Neuen Weltordnung“, in den Beziehungen zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Staaten und der Mehrheit der unterentwickelten Staaten liegen. Jedoch sind Terroranschläge, seien sie individuell oder von Staats wegen ausgeübt, durch keine Religion, keine Weltanschauung und kein politisches Ziel zu rechtfertigen.

Die Spirale von Gewalt und Gegengewalt und die Dynamik von Terror und Krieg müssen gestoppt werden. Anti-Islamismus, Anti-Semitismus oder pauschaler Anti-Amerikanismus, wie ihn deutsche Neonazis formulieren, vernebeln den Blick bei der Suche nach Ursachen und Lösungen. Sie führen wie jede andere Form von Rassismus, Intoleranz, nationalistischer Engstirnigkeit und angeblich gottgegebenem Führungsanspruch nur noch tiefer in die Sackgasse. Terror, Krieg und Unterdrückung tragen nicht zur Lösung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Probleme im Interesse der Mehrheit der Menschen bei, sondern sie gefährden im Atomzeitalter die Existenzbedingungen der gesamten Menschheit.

Darum äußern wir unsere tiefe Besorgnis über die Verteilungsabsichten der USA. Wir protestieren gegen die Haltung der Bundesregierung und des Bundestages gegenüber der Politik „uneingeschränkter Solidarität“. Die Terroranschläge dienen offensichtlich nicht nur den dominierenden Kräften des US-Kapitals, sondern allen imperialistischen Staaten als Anlass, ihren totalen Herrschaftsanspruch umzusetzen, sich Rohstoff-Ressourcen anderer Staaten und ganzer Regionen zu sichern, die Verteilung von Reichtum und Armut auf der Welt zu zementieren und dafür auch im Innern demokratische Rechte und sozial Erklärtes beschleunigt abzubauen. Diese Situation stellt auch eine neue Herausforderung dar für die Internationalisierung der Zusammenarbeit



In Mörderland fotografiert



der kommunistischen Parteien und die Herausbildung einer breiten politischen Bewegung für eine gerechtere, friedliche Weltwirtschaftsordnung. In der Bundesrepublik hat sich der Bundestag, in den letzten Jahren mehrfach, gegen Stimmen der PDS-Fraktion sowie einzelner Sozialdemokraten und Bündnisgrüner, für Kriegseinsätze ausgesprochen und damit die Spirale der Gewalt mit zu verantworten. Auch bundesdeutsche Rüstungskonzerne verdienen an Krieg und Terror in der ganzen Welt. Wir appellieren an alle Bundestagsabgeordneten, insbesondere aus den Reihen der PDS, der SPD und der Bündnisgrünen gegen Militärschläge der USA zu protestieren und Kriegseinsätzen der Bundeswehr nicht zuzustimmen. Bundesdeutsche Rüstungsexporte müssen unterbunden wer-

den. Wenn sich allerdings die Parlamentarier von der CSU bis hin zu den Bündnisgrünen nur dadurch unterscheiden, ob sie die „uneingeschränkte Solidarität“ mit der US-Politik bejubeln oder zähneknirschend dulden, dann sind Gewerkschaften und außerparlamentarische Bewegungen ganz besonders gefordert. Neben der militärischen Unterstützung der US-Regierung in ihrem Vergeltungsschlag gegen den internationalen Terrorismus im Rahmen des sogenannten „Bündnisfalles der NATO“ durch die Bundesregierung sind auch innenpolitische Veränderungen ungeheuren Ausmaßes angekündigt worden: Regelanfrage beim Verfassungsschutz über Asylsuchende und die Menschen, die eingebürgert werden wollen. Bildung einer Nationalgarde, bestehend



aus Einheiten der Bundeswehr, der Polizei und der Nachrichtendienste, wie dem Verfassungsschutz oder dem BND.

Bei Deklaration des Verteidigungsfalls wird die Bundeswehr dem Innenminister Schily unterstellt. Polizei und Geheimdienste werden personell ausgebaut, die Bundeswehr erhält zusätzliche Mittel für Kriegsgüter und Personal, die Bildung und Stärkung der EU-Eingreiftruppen wird beschleunigt.

Das Datenschutzgesetz wird weiter ausgehebelt, um Daten innerhalb der verschiedenen staatlichen Organisationen wie Polizei und Verfassungsschutz, aber auch zwischen den Staaten beliebig auszutauschen. Die Rasterfahndung wird bundesweit eingeführt.

Steuererhöhungen von bisher drei Milliarden DM nur für Maßnahmen innerhalb der BRD. Nicht eingeschlossen sind Kosten für die Unterstützung der US-Regierung.

Mit diesen Maßnahmen werden nicht die Ursachen des Terrorismus, die ungeheure Armut in dreiviertel aller Länder auf der einen und der Reichtum weniger Länder auf der anderen Seite, eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung bekämpft. Diese Maßnahmen dienen dazu, parallel zu den militärischen Maßnahmen innenpolitisch demokratische Grundrechte und Freiheiten außer Kraft zu setzen, den Kurs der Privatisierung staatlicher Leistungen voran zu treiben und das vorhandene ausländerfeindliche rassistische Klima zu intensivieren. Proteste dagegen sollen gar nicht erst wirksam werden dürfen.

Die DKP-Mitglieder werden alles in ihren Kräften Stehende tun, um eine breitere Bewegung gegen den Krieg und die Militarisation unserer Gesellschaft zu entwickeln.



Für eine radfahrerfreundliche Stadt - wir bleiben dran

Immer wieder wurde an dieser Stelle über Mängel an Strassen und Wegen, aber auch über für Radfahrer gefährliche Bereiche in unseren Ortsstrassen berichtet. Vieles ist auf unser Drängen hin erledigt oder zumindest verbessert worden. Ein für Fußgänger und Radfahrer gleichermaßen gefährlicher Abschnitt ist nach wie vor die Kreuzung Gärtnerweg/Westendstraße/Ringstraße in Mörfelden.

Dort, wo am Tag Hunderte PKW, viele LKW und Busse durch Gärtnerweg, Westendstraße und durch die Bahnunterführung in die Rüsselsheimer Straße fahren, wo zusätzlich in die Ringstraße eingebogen wird, ist es für Fußgänger kaum möglich die Strassen zu überqueren. Für Radfahrer ist es sehr gefährlich diese Stellen zu passieren. Dazu ist festzustellen, daß weder in der Rüsselsheimer Straße noch in Gärtnerweg, Westendstraße oder der dort beginnenden Ringstraße ein Radweg oder ein Fahrradstreifen vorhanden ist. Auch ist die Unterführung mit den beiden Bürgersteigen sehr schmal. Hinzu kommt, daß der in diesem Bereich abgehende Radweg entlang der Bahnlinie zum Jugendzentrum, zu den Kleingärten und zum Friedhof sehr stark frequentiert ist.

Für Verbesserungen an dieser Stelle muß der Magistrat umgehend eine Planung, ob im stadteigenen Bauamt oder bei einem Verkehrsplaner in Auftrag geben. Hier sind außer den Bürgern auch die Fachleute gefragt. Das Strassenbauamt in Darmstadt muß gehört, aber möglicherweise auch unter Druck gesetzt werden. Die Stadtverordnetenversammlung muß darüber befinden. Wir werden dazu einen Antrag einbringen. Ob am Ende eine Ampelregelung genügt oder ein Kreisell die größte Sicherheit bietet, muß man sehen.

Zum Radweg am Bahndamm ist anzumerken, daß dieser sich in einem sehr schlechten Zustand befindet und schnellstens saniert werden muß.

Wer will helfen den „blickpunkt“ zu verteilen?

Es ist eine große Arbeit jeden Monat 12.500 „blickpunkt“-Exemplare in die Briefkästen zu verteilen. Wer Lust hat, in Mörfelden oder Walldorf in einem kleinen Bezirk oder auch nur in einer Straße bei der Verteilung zu helfen, kann anrufen bei: Käthe Hechler, Telefon 22362.

Herzlichen Dank allen, die für den Erhalt dieser Zeitung spenden!

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419
BLZ 50852553

Gesundheits „reform“

Im letzten „blickpunkt“ hatten wir diesem Thema eine Seite gewidmet und doch nur einen Teilaspekt („Warum Gesundheit keine Ware ist“ und „Das Märchen von der Unbezahlbarkeit der Gesundheitsreform“) behandelt. Heute soll der Zukunft des Gesundheitssystems unsere Aufmerksamkeit gelten. Nach der Wahl 2002 will die Bundesregierung das Gesundheitssystem radikal „kurieren“. Wie bei der Rente, soll sich der Bürger stärker an den Kosten beteiligen. Was im Kanzleramt vorerst noch in der Schublade liegt, forderte Arbeitgeberpräsident Hundt bereits offen: Reduzierung der medizinischen Versorgung auf einen „Grundstandard“. Wer mehr Gesundheit will, soll sich medizinische Leistungen hinzukaufen. Im Klartext heißt das: Abbau von Leistungen, Aufgabe des Solidarprinzips und Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Die Allianz-Versicherung/Tochter Vereine Krankenversicherung geht noch weiter und fordert die totale „Kapitaldeckung im Gesundheitswesen“.

Aufklärung und Widerstand tun Not! Gesundheit ist ein Gut und keine Ware.

Eckdaten zum Gesundheitswesen

Betrachtet man die Entwicklung in der medizinischen Versorgung, so stieg die Zahl der Ärzte im Vergleich zu 1970 um knapp 130%. Die Anzahl der Zahnärzte hat sich im gleichen Zeitraum um 59% erhöht. In der größten Gruppe des nichtärztlichen Personals – dem Pflegepersonal im Krankenhaus – waren 1999 416.000 Menschen beschäftigt.

Die Ausgaben für Gesundheit betragen 1997 insgesamt 516,6 Mrd. DM. Davon wurden 62% für medizinische Behandlung (ambulante und stationäre Behandlung einschl. Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz) erforderlich. Die Krankheitsfolgeleistungen, im wesentlichen Rehabilitation, Entgeltfortzahlungen sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, beanspruchten gut 24% der Gesamtausgaben.

Das Gesundheitswesen ist mit diesem Umsatzvolumen von über 500 Mrd. DM und einem Anteil von etwa 10% am BIP ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Mit

mehr als vier Mill. Beschäftigten ist es nach der Automobilindustrie zweitgrößter Arbeitgeber. Die Krankenhäuser – mit über 1,1 Mill. Beschäftigten – zählen im Zeitraum von 1976/1994 zu den zwanzig Branchen mit dem höchsten Beschäftigungswachstum.

Welche Ideologie steckt hinter dem politischen Konzept?

Die Politik gibt der Beitragsstabilität allerhöchste Priorität. Sinnvoller wäre eine politische Entscheidung darüber gewesen, welche Gesundheitsleistungen in welcher Qualität den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden sollen, und daran hätten sich die Ausgaben zu orientieren. Das sog. Globalbudget ist nichts anderes, als die Summe der Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen

(GKV), und Budgetsteigerungen sind an die Entwicklung der Grundlohnsumme gebunden, also an die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Einkommen der Beschäftigten.

Das ist eine problematische Konstellation wenn man weiß, dass

- die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (und damit der Hauptbeitragszahler der GKV) von 1990-1996 um 2,4 Mill. abgenommen hat,
- die Lohnquote von 1982-1997 um 8% gesunken ist und
- der Anstieg der Grundlohnsumme je GKV-Mitglied seit 1990 von durchschnittlich 5% auf 1,4% in 1998 gesunken ist. Und das bei gleich-

Man stelle sich vor:

Auf den deutschen Autobahnen gewinnen die Raser die Oberhand. In der Öffentlichkeit wird die Zahl von Unfällen durch überhöhte Geschwindigkeit auf den Straßen beklagt. Die Bürger fordern dringend Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit im Straßenverkehr.

Der Verkehrsminister, ganz neu im Amt, kommt schon vor seiner Amtseinführung zu der Erkenntnis, dass offensichtlich die bisherigen Maßnahmen zur Verkehrssicherung mit Richtgeschwindigkeiten und Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht ausreichend beachtet wurden. Der Minister beklagte „erhebliche Umsetzungsprobleme“ bei den Gesetzen und vermisst die „Akzeptanz“ der Regelungen bei den Rasern im Straßenverkehr.

Mit einem mutigen Rundumschlag sorgt der Verkehrsminister für folgende Maßnahmen:

- Alle Verkehrsschilder zur Richtgeschwindigkeit und Geschwindigkeitsbegrenzung werden abgebaut.
- Aus den Kraftfahrzeugen werden alle Bremsenrichtungen abgebaut.
- Verkehrssünder, die ihre Bußgelder nicht bezahlt haben, kommen in den Genuss einer Generalamnestie.

Als innovative Maßnahme zur Verkehrsberuhigung werden Fahrer und Beifahrer gemeinsam verpflichtet, die Verantwortung für sicheres Fahren zu übernehmen. In einer „Zielvereinbarung“ sollen sie sich vor Fahrtantritt auf verkehrssicheres Fahren verständigen.

Da es keine Geschwindigkeitsbegrenzungen mehr gibt, entfallen natürlich auch alle Bußgeldandrohungen. Die Polizei hat aber die Möglichkeit, verkehrssicheres Fahren mit einem Bonus zu belohnen.

Absurdes Theater in der Verkehrspolitik? Nein, Realität in der Gesundheitspolitik! Konkret beim Arzneimittelbudget-Ablösungsgesetz – ohne Airbag für die Kassen.

„Zu schnelles Fahren“ bei der Arzneimittelverordnung (Ausgabenanstieg 1. Quartal 2001 bei den Ersatzkassen 13,5%) wird belohnt durch den Abbau wirksamer Steuerungsinstrumente. „Prinzip Hoffnung“ heißt die Devise.

Quelle: Ersatzkassenreport, Juli 2001

zeitiger Massenarbeitslosigkeit und einem Sozialversicherungssystem, aus dem gerade die Besserverdienenden sich weiterhin – z. B. durch die Privatversicherung – herausstellen können.

Die Gewerkschaft ver.di sieht hier mit vielen Wissenschaftlern und Gesundheitsexperten die Gefahr der Rationierung – also der Begrenzung – von Gesundheitsdienstleistungen, wenn man gleichzeitig betrachtet, dass

- wir eine zunehmend älter werdende Bevölkerung haben, die auch zunehmend „kränker“ wird und einen entsprechenden Bedarf an medizinischen, pflegerischen und sozialen Leistungen beanspruchen wird,
- eine separate Entwicklung des medizinischen und medizintechnischen Fortschritts, der den Menschen ja zugute kommen soll, auch weiterhin stattfinden wird.

Die Bundesregierung hält an einem verfehlten Grundansatz für die Reform des Gesundheitswesens fest. Mit jährlichen Ausgabenbegrenzungen, die sich an der Entwicklung der Beitragseinnahmen der Kassen orientieren, sind die grundlegenden Finanzierungsprobleme weder kurz- noch längerfristig zu lösen.

Therapeutikum wird Tagespflege

Das Therapeutikum im Altenhilfezentrum in der Schubertstraße umfasste auch ein Bewegungsbad und Sauna. Hier sollten Altenheimbewohner ein Bewegungsangebot finden und Kranke rehabilitiert oder behandelt werden. Sinnvoll und notwendig erschien den Stadtverordneten Mitte der 80er Jahre, als die Planungen anliefen, eine derartige Einrichtung. Doch das Bad wurde nie voll genutzt. Weder Vereine (etwa Koronargruppe) noch Patienten kamen in ausreichender Zahl. Hier spielt die „Gesundheitsreform“, die Einsparungen, die Zurückhaltung der ortsansässigen Ärzte bei Verschreibungen eine Rolle.

Der Bürgermeister hat auch nie die Gesundheitskommission (Parlamenta-

rier, sachkundige Bürger und Ärzte sind darin vertreten) zu diesem Thema eingeladen.

So war die Einrichtung für den Pächter des Therapeutikums nicht lukrativ und wurde stillgelegt. Und mit jedem Jahr des Stillstandes schmolz die Hoffnung, das Bewegungsbad wieder in Betrieb zu nehmen. Man kann sagen, dass ca. eine Mill. Mark in den Sand gesetzt wurde. Die Sauna ist ebenfalls seit Jahren außer Betrieb. Der Kunde wünscht sicher Attraktiveres.

Die Johanna-Kirchner-Stiftung, die das Altenhilfezentrum betreibt, will nun die Räume umbauen und darin die Tagespflege erweitern. Diesem stimmte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig zu. R. D.

Senkung der Abfallgebühren

Ab Beginn des kommenden Jahres zahlt die Stadt an die Riedwerke pro Tonne Restmüll statt 217,30 EURO „nur“ 205,- EURO. Das ist eine Reduzierung von 5,66%. Man muss allerdings auch anmerken, dass ab 1. 1. 1999 diese Gebühr von 250,- DM auf 425,- DM – also um 70% stieg. Von der Diskussion und dem Kampf gegen die Preistreiber berichteteten wir oft im „blickpunkt“.

Was die Verantwortlichen der Riedwerke und Parlamentarier des Kreistages als Erfolg verbuchen ist somit – nüchtern betrachtet – ermückernd.

Schuld an der hohen Abfallgebühr ist der Gesetzgeber, der ein Abfallgesetz, Kreislaufwirtschaftsgesetz, „Duales System Deutschland“ . . . beschloss, das den handelnden Betrieben horrend Gewinne beschert und den Verbrauchern die Kosten. Während sich viele Gewerbebetriebe aus der kommunalen Abfallentsorgung legal verabschieden können und sich Billigentsorgern anvertrauen, müssen die privaten Bürger die Zeche (in Form von wenig ausgelasteten Verbrennungsanlagen und Deponien) bezahlen. Immer noch gilt der Entsorgung der Müllmengen die erste Priorität und nicht der Vermeidung von Müll. Und die Diskussion um das Dosenpfand hat gezeigt, dass die Entscheidungen nicht im Parlament, sondern in der Wirtschaft fallen. R. D.

Ausländerbeiratsgesetz ein Flop

Mehr Demokratie sollte es sein, dass Ausländer – gerade solche, die kein Kommunalwahlrecht haben – einen Beirat bilden können und an der Willensbildung der politischen Gremien beteiligt werden. So plausibel das Gesetz ist, so schwer war es in der Praxis. Der Ausländerbeirat konnte Themen diskutieren aber zu sagen hatte er nichts. Die wenigen Anträge und Initiativen wurden ignoriert. Kein Wunder, dass der Beirat an Auszehrung litt. Meist war das Gremium nicht beschlussfähig, weil mehr als die Hälfte der Mitglieder fehlte. Auch die Reduzierung der Ausschussmitgliederzahl brachte keine Lösung. Nun wäre eine Neuwahl fällig, die ausfällt, weil sich keine Bürger melden um zu kandidieren. Die Schuld ist unseres Erachtens aber nicht den Ausländern zuzuschreiben, sondern dem Landesgesetzgeber, der ein unzulängliches Gesetz verabschiedet hat. R. D.

Wer will den „blickpunkt“ per Post?

Manchmal beklagen sich Leute, sie hätten keinen „blickpunkt“ erhalten. Dem kann man abhelfen! Wer den „blickpunkt“ sofort nach Erscheinen zugeschickt haben will, bezahlt DM 20,- Portokosten pro Jahr auf das Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553. Dann kommt der „blickpunkt“ per Post.

Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe



Stadtgeschichten



Im Jahre 1937 befand sich die Poststelle Walldorf noch in der Ludwigstrasse 55 (neben Volksbank). Zum Abholen von Paketen am Bahnhof, aber auch zum Ausfahren derselben zu den Empfängern wurden zumindest auf dem Lande von der Post Paketwagen (Drückkarren) benutzt, die von einem Postboten geschoben wurden. Wenn nicht gerade in der damals etwa 4380 Einwohner zählenden Gemeinde Walldorf Pakete auszufahren waren, stand der Wagen im Hof des Anwesens. Diese Gelegenheit nutzte der kleine, erst 14 Monate alte Franz Zilg aus, um zu versuchen, das schwere Gefährt in Bewegung zu setzen, was sicherlich nicht von Erfolg gekrönt war. Der Leiter der Poststelle, damals nannte man ihn Posthalter, war der Großvater von Franz Zilg, Jakob Meffert („Postjakob“). Die beiden Töchter von Jakob Meffert, Elisabeth Zilg geb. Meffert und Susanne Merk geb. Meffert waren die beiden Briefträgerinnen.



www.dkp-mw.de

Auf den regelmäßig aktualisierten DKP-Web-Seiten erfährt man einiges über unsere Publikationen, kann Geschichte nachlesen. Seit über dreißig Jahren erscheint monatlich der „blickpunkt“, den alle Bürgerinnen und Bürger kennen. Sehen Sie sich die Zeitung an. Gestern und heute waren wir aktiv gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, man kann es nachlesen.

Wir haben zahlreiche Bücher und Broschüren über die jüngste Geschichte unserer Stadt veröffentlicht, es gibt Ausarbeitungen über den heimatischen Dialekt.

Es gibt aktuelle Links zur Friedensbewegung und zu verschiedenen linken Zeitungen. Klicken Sie mal Links!

SCHILYS
German Blend



Die Bundesregierung:
Rauchen erhöht unsere Sicherheit

Unser Lexikon

Schbrisch

Am beste is
zu dritt schaffe,
zu zwaat schloofe
un allaa erwe!